

**Evangelische Volkspartei der Schweiz**

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Sekretariat der  
Staatspolitischen  
Kommissionen,  
Parlamentsdienste  
3003 Bern

5. Dezember 2007

**Parlamentarische Initiative. Faire Abstimmungskampagnen.  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme, von der wir gerne Gebrauch machen.  
Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) lehnt das Ansinnen, die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung von kostenlosen Sendezeiten für politische Werbespots vor den eidgenössischen Volksabstimmungen zu schaffen, aus den folgenden Gründen mit aller Entschiedenheit ab.

**Unabhängigkeit der Rundfunkveranstalter nicht untergraben**

Medien und insbesondere audiovisuelle Medien haben als sogenannt vierte Gewalt im Staat die demokratiethoretisch äusserst wichtige Aufgabe, politische Vorgänge zu beschreiben und nötigenfalls kritisch zu hinterfragen. Mit dieser Wächterfunktion ist das Ansinnen, sie zur Ausstrahlung kostenloser Selbstdarstellungen der Parteien zu verpflichten, nicht vereinbar. So wird die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der betroffenen Medien untergraben und die Medien werden auf eine unzulässige Art und Weise für die Anliegen der Parteien instrumentalisiert.

**Keine Verwischung zwischen redaktionellem Inhalt und Werbung zulassen**

Indem die geplanten Abstimmungsspots von Werbesendungen zu trennen und dem Veranstalter nicht auf die Höchstdauer der Werbezeit angerechnet werden, ist eine Verwischung zwischen dem redaktionellen Inhalt und den Werbegefässen zu befürchten. Ausserhalb der Werbegefässe sollte der Rundfunkveranstalter allein und ausschliesslich die Verantwortung für die ausgestrahlten Programme zu tragen haben. Eine Vermengung von Inhalten in eigener redaktioneller Verantwortung und jener von Dritten, in diesem Fall der Parteien, ist mit der publizistischen Aufgabe der Rundfunkveranstalter nicht vereinbar.

### **Stellung der Rundfunkveranstalter im Wettbewerb beachten**

Es ist zu bedenken, dass die Rundfunkveranstalter einem vielfachen Wettbewerb einerseits auf dem Rezipientenmarkt (Publikum), andererseits auf dem Werbemarkt ausgesetzt sind. Dieser Wettbewerb spielt einerseits zwischen in- und ausländischen Anbietern, andererseits aber auch zwischen anderen Rundfunkveranstaltern und weiteren Werbeträgern wie den Printmedien. Da die Rundfunkveranstalter das unternehmerische Risiko auf diesen Märkten selber zu tragen haben, sollte auch die Entscheidung, welche Sendungen und Inhalte sie ausstrahlen wollen, allein bei den Rundfunkveranstaltern liegen.

### **Inkonsistenz mit den Bestimmungen im RTVG vermeiden**

Es mutet seltsam an, wenn bei der Revision des RTVG ein Verbot politischer Werbung durchgesetzt wird, um dieses dann bei der nächsten Gelegenheit mit der Einforderung von unentgeltlicher Sendezeit bei den Rundfunkveranstaltern wieder umzustossen.

### **Selbstbedienungsmentalität ist kein Vorbild**

Das Ansinnen, die Rundfunkveranstalter zur unentgeltlichen Abgabe eines Teils ihrer Sendezeit zu zwingen, zeugt von einer bedenklichen Selbstbedienungsmentalität. In Anbetracht der zunehmenden Entsolidarisierung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und der grassierenden Abzockerei werden die Parteien ihrer Vorbildrolle nicht gerecht und setzen ein komplett falsches Zeichen, wenn sie sich mit dieser Vorlage Vorteile in eigener Sache verschaffen wollen.

### **Unwürdiges Gezerre bereits absehbar**

Schliesslich ist ein unwürdiges Gezerre um die Reihenfolge, Länge, Anzahl Wiederholungen, Platzierung in den verschiedenen Sendern und Programmen, etc. bereits jetzt absehbar. Es ist zu befürchten, dass dies dem ursprünglichen Ziel – der Stärkung der Parteien und Abstimmungskomitees im Meinungsbildungsprozess – zuwiderlaufen wird.

### **Qualität unsicher**

Ebenfalls dürfte die Qualität der Abstimmungsspots teilweise zu wünschen übrig lassen und sich gegenüber den professionell produzierten, vor- und nachgelagerten Sendungen negativ bemerkbar machen. Auch dies wird sich kontraproduktiv auf das Anliegen auswirken, die Rolle der Parteien im demokratischen Prozess zu stärken.

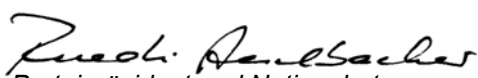
### **Faire Abstimmungskampagnen – für alle Parteien!**

Schliesslich ist die Bestimmung, dass nur Parteien, die mit einer Fraktion in der Bundesversammlung vertreten sind, Anspruch auf unentgeltliche Sendezeit haben sollen, mit dem Prinzip der Chancengleichheit aller politischen Gruppierungen nur schlecht zu vereinen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

  
Parteipräsident und Nationalrat  
Dr. Ruedi Aeschbacher

  
Generalsekretär  
Joel Blunier